



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Z1 1270-01/88

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Außenhandelsge-
setz 1984 geändert wird;
Stellungnahme;
Schreiben des BMWA vom
28. März 1988,
GZ 21 021/7-I,II/1/88

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im
Gegenstand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausferti-
gung zu überreichen.

Anlagen

2. Mai 1988
Der Präsident:
Broesigke

Wack

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi.	41-GE 9. PP
Datum:	05. MAI 1988
Verteilt	06. Mai 1988 <i>Reichenberg</i>

Jr. Masen



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1011 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Z1 1270-01/88

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Außenhandelsge-
setz 1984 geändert wird;
Stellungnahme;
Schreiben des BMWA vom
28. März 1988,
GZ 21 021/7-I,II/1/88

Der RH nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzesentwurf
wie folgt Stellung:

§ 4 Abs 1 AHG idgF enthält den Katalog der Ausnahmen von jener
Bewilligungspflicht, die jetzt im § 3 Abs 1 und 2 AHG festge-
legt ist. Diese Ausnahmen erstrecken sich jedoch nicht auf die
derzeit im § 3 Abs 3 AHG verankerte Bewilligungspflicht für be-
stimmte geförderte Waren bei der Rückbringung aus Zollfreizonen
und Zollagern in das übrige Zollgebiet.

Diese besondere Bewilligungspflicht soll auch nach dem vor-
liegenden Entwurf bestehen bleiben, jedoch erhält Abs 3 des
§ 3 AHG, in dem sie derzeit geregelt wird, infolge Wegfall
der jetzt im § 3 Abs 2 AHG geregelten Bewilligungspflicht
für bestimmte gebrauchte Waren die Bezeichnung Abs 2 (Art 1
Z 2 des gegenständlichen Entwurfes).

§ 4 Abs 1 AHG erfährt hingegen nach dem vorliegenden Entwurf
keine Änderung, und enthält weiters den Hinweis auf § 3 Abs 1
und Abs 2 AHG, so daß die Ausnahmen nun auch auf die bisher
in § 3 Abs 3 AHG, in Hinkunft aber im § 3 Abs 2 AHG festge-
legte Bewilligungspflicht ausgedehnt werden würden. Sollte

- 2 -

dies nicht beabsichtigt sein - wofür das Fehlen jedes Hinweises in den Erläuterungen zu dem Entwurf sprechen würde - und ein Redaktionsversehen vorliegen, dann müßte dieses durch Wegfall der Verweisung auf § 3 Abs 2 AHG im § 4 Abs 1 AHG behoben werden.

Zu den finanziellen Auswirkungen wird vom BMWA lediglich bemerkt, daß die Einschränkung der Bewilligungspflicht eine gewisse Ersparnis nach sich ziehen wird, die jedoch im einzelnen nicht näher beziffert werden kann.

Gem § 14 Abs 1 BHG, BGBl Nr 213/1986, ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, aus der nicht nur - wie im Wortlaut der genannten Bestimmung ausdrücklich angeführt - hervorzugehen hat, ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vorschriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen wird, wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden und welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden. Da das do Bundesministerium keine überprüfbare Kostenberechnung vorlegte, ist der RH nicht in der Lage, zu den finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme Stellung zu nehmen.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue unterrichtet.

2. Mai 1988

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Aufzeichnung:
Heck



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1011 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Z1 1270-01/88

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Außenhandelsge-
setz 1984 geändert wird;
Stellungnahme;
Schreiben des BMWA vom
28. März 1988,
GZ 21 021/7-I,II/1/88

Der RH nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzesentwurf
wie folgt Stellung:

§ 4 Abs 1 AHG idgF enthält den Katalog der Ausnahmen von jener
Bewilligungspflicht, die jetzt im § 3 Abs 1 und 2 AHG festge-
legt ist. Diese Ausnahmen erstrecken sich jedoch nicht auf die
derzeit im § 3 Abs 3 AHG verankerte Bewilligungspflicht für be-
stimmte geförderte Waren bei der Rückbringung aus Zollfreizonen
und Zollagern in das übrige Zollgebiet.

Diese besondere Bewilligungspflicht soll auch nach dem vor-
liegenden Entwurf bestehen bleiben, jedoch erhält Abs 3 des
§ 3 AHG, in dem sie derzeit geregelt wird, infolge Wegfall
der jetzt im § 3 Abs 2 AHG geregelten Bewilligungspflicht
für bestimmte gebrauchte Waren die Bezeichnung Abs 2 (Art 1
Z 2 des gegenständlichen Entwurfes).

§ 4 Abs 1 AHG erfährt hingegen nach dem vorliegenden Entwurf
keine Änderung, und enthält weiters den Hinweis auf § 3 Abs 1
und Abs 2 AHG, so daß die Ausnahmen nun auch auf die bisher
in § 3 Abs 3 AHG, in Hinkunft aber im § 3 Abs 2 AHG festge-
legte Bewilligungspflicht ausgedehnt werden würden. Sollte

- 2 -

dies nicht beabsichtigt sein - wofür das Fehlen jedes Hinweises in den Erläuterungen zu dem Entwurf sprechen würde - und ein Redaktionsversehen vorliegen, dann müßte dieses durch Wegfall der Verweisung auf § 3 Abs 2 AHG im § 4 Abs 1 AHG behoben werden.

Zu den finanziellen Auswirkungen wird vom BMWA lediglich bemerkt, daß die Einschränkung der Bewilligungspflicht eine gewisse Ersparnis nach sich ziehen wird, die jedoch im einzelnen nicht näher beziffert werden kann.

Gem § 14 Abs 1 BHG, BGBl Nr 213/1986, ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, aus der nicht nur - wie im Wortlaut der genannten Bestimmung ausdrücklich angeführt - hervorzugehen hat, ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vorschriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen wird, wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden und welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden. Da das do Bundesministerium keine überprüfbare Kostenberechnung vorlegte, ist der RH nicht in der Lage, zu den finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme Stellung zu nehmen.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue unterrichtet.

2. Mai 1988

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Aufzeichnung:
Wach